

Die Linke

Kreisverband
Saarbrücken



Sozial ist sicher

Für eine starke LINKE in Saarbrücken, Großrosseln,
Völklingen, Püttlingen, Riegelsberg, Heusweiler, Quierschied,
Friedrichsthal, Sulzbach und Kleinblittersdorf

Wahlprogramm

Sozial ist Sicher DIE LINKE im Regionalverband



Für eine starke LINKE

in Saarbrücken, Großbrosseln, Völklingen,
Püttlingen, Riegelsberg, Heusweiler,
Quierschied, Friedrichsthal, Sulzbach
und Kleinblittersdorf.

Wahlprogramm

Sozial ist sicher – die Linke im Regionalverband.....	4
Armut im Regionalverband muss konsequent bekämpft werden!.....	6
Gesundheit wirksam und flächendeckend stärken!.....	7
Wohnen muss für alle bezahlbar sein!.....	8
Kinder und Jugendliche brauchen kostenfreie Angebote überall und für alle!.....	9
Gute Bildung braucht starke Schulen für alle!	10
Jeder Mensch hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit.....	11
Feministische Politik heißt Gleichstellung jeden Tag.....	12
Standortattraktivität steigern und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken!.....	13
Bus und Bahn für alle, immer und überall!.....	14
Für ein gutes Leben auch im Alter!	15
Kommunale Dienste im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger!.....	16
Digitalisierung muss allen zugutekommen!.....	17
Barrieren abbauen heißt Teilhabe für alle ermöglichen!.....	18
Kultur gehört allen!	19
Stadtentwicklung muss sozial für alle werden!.....	20
Klimaschutz für eine lebenswerte Region!.....	21
Haustiere sind wichtige Begleiter für viele Menschen	22
Fairen Sport für alle!.....	23
Mehr Mitbestimmung im Regionalverband!.....	24
Morgen durch faire Finanzen.....	25



Mit einer starken LINKEN in den Kommunalparlamenten können wir vor Ort viel verändern.

Heute wird vielen gesagt: länger arbeiten, mehr leisten, weniger erwarten. Gleichzeitig wachsen Gewinne und Vermögen weiter, während viele Menschen im Regionalverband bei Mieten, Energie und den täglichen Lebenshaltungskosten zunehmend unter Druck geraten. Zu oft werden soziale Probleme verwaltet statt gelöst, notwendige Investitionen verschoben und die Interessen der Mehrheit hinter wirtschaftliche Einzelinteressen gestellt.

Genau deshalb braucht es die Linke. Wir akzeptieren nicht, dass soziale Sicherheit vom Geldbeutel abhängt oder dass Menschen immer mehr leisten sollen, während ihnen gleichzeitig immer weniger bleibt. Wir machen Druck, wo andere wegschauen, und setzen soziale Gerechtigkeit auf die politische Tagesordnung.



Die Linke steht für eine Politik, die soziale Sicherheit für alle schafft. Nicht der Druck auf die Menschen darf wachsen, sondern ihre Lebensqualität. Bezahlbarer Wohnraum, ein verlässlicher Nahverkehr, gute Gesundheitsversorgung und faire Löhne sind keine Privilegien, sondern die Grundlage eines sicheren Lebens.

Ein gutes Leben darf nicht vom Kontostand abhängen. Gerade im Regionalverband zeigt sich: Wo öffentliche Angebote stark sind, profitieren alle Menschen. Deshalb steht die Linke für Investitionen in das Gemeinsame statt weiterer Kürzungen – für starke Kommunen, gute Bildung, soziale Infrastruktur und eine Daseinsvorsorge, auf die sich alle verlassen können.

Politik zeigt ihren Wert nicht in Worten, sondern daran, ob sie den Alltag der Menschen verbessert. Sozial ist sicher heißt deshalb: konkrete Lösungen statt leerer Versprechen, soziale Sicherheit statt sozialer Unsicherheit und eine Politik, die wieder für die Mehrheit handelt. Denn nur eine soziale Gesellschaft ist eine sichere Gesellschaft.

Armut im Regionalverband muss konsequent bekämpft werden!

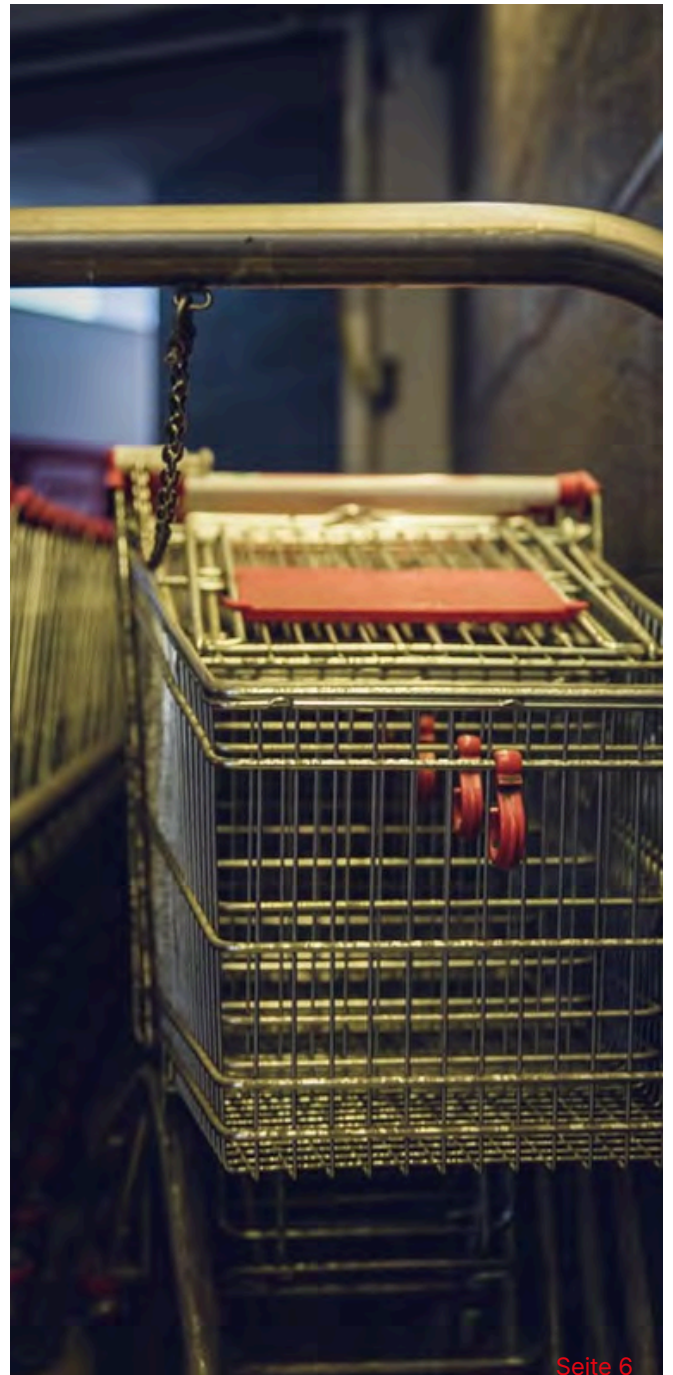
Niemand soll sich zwischen Heizung, Miete und Essen entscheiden müssen, doch für viele Menschen ist genau das Alltag. Das nehmen wir nicht hin! Wir stehen für eine Sozialpolitik mit klarem Plan, die Armut wirksam bekämpft und das Leben wieder bezahlbar macht. Die Linke wird sich niemals mit Armut abfinden und alles zur Armutsbekämpfung tun. Armut schränkt die Teilhabe in der Gesellschaft ein sowie die Lebenschancen und den Alltag der Betroffenen.

Auf kommunaler Ebene gilt es, vorhandene Spielräume konsequent im Interesse armutsbetroffener Menschen zu nutzen. Die Linke setzt sich auf allen Ebenen für bessere Lebensbedingungen ein – etwa im Jobcenter, Sozial- und Jugendamt, bei der Unterstützung Wohnungsloser, für bezahlbaren oder kostenlosen Nahverkehr sowie für das Menschenrecht auf Wohnen.

Im Gegensatz zu vielen politischen Mitbewerbern betrachtet die Linke Armutsbetroffene nicht als Kostenfaktor, sondern als Menschen mit sozialen Rechten.

Wir setzen uns ein:

- für einen umfassenden „Aktionsplan gegen Armut“
- für die vollständige Übernahme der angemessenen Wohnkosten durch das Jobcenter/den Regionalverband
- für ein Grundrecht auf Stromversorgung und die Unterbindung von Stromsperren
- für ein flächendeckendes, wohnortnahes Angebot an Gemeinwesenprojekten und Sozialberatungsstellen
- für die Ausweitung der Sprechzeiten des Sozialamtes in den Gemeinden
- für die konsequente Vereinfachung von Bürokratie
- für eine gut ausgestattete Schulden- und Insolvenzberatung
- für eine Ermäßigung/Befreiung für kommunale Einrichtungen und Leistungen für Sozialleistungsbeziehende



Gesundheit wirksam und flächendeckend stärken!

Vor dem Hintergrund des radikal kaputtgesparten Angebots in Saarbrücken gilt dem Klinikum auf dem Winterberg und den Kliniken der Saarland-Heilstätten GmbH (SHG) unser besonderes Augenmerk als tragende Säulen der Gesundheitsfürsorge vor Ort. Der immer stärkeren Arbeitsbelastung des Personals muss ein Ende gemacht werden! Auch das erneute verringern der Honorare für Psychotherapeut*innen belastet die Gesundheitsversorgung im Regionalverband zusätzlich. Deshalb lehnen wir diese Kürzung entschieden ab.

Wir brauchen dringend zusätzliches, qualifiziertes und tariflich bezahltes Personal. Dies ist die einzige Möglichkeit, das Wohlergehen und die Sicherheit sowohl des Pflegepersonals als auch der Patient*innen zu gewährleisten.

Klinikschließungen wie in Dudweiler oder Saarbrücken-Mitte (EVK) bedrohen die schon prekäre Gesundheitsversorgung. Anstatt Kliniken zu schließen, müssen mehr Investitionen getätigt werden. Gesundheit ist keine Ware, die unter Renditbedingungen zu funktionieren hat. Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.

Um lange gesund bleiben zu können, müssen wir die Angebote von städtischen Schwimmbädern und Sportvereinen, auch für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich machen.

Die sozial-medizinischen Angebote müssen verbessert werden. Dazu gehört in jedem Fall die zeitliche und fachliche Ausweitung der Praxis für medizinische Grundversorgung in Saarbrücken, sowie eine weitere Ambulanz in Völklingen. Das Gesundheitsamt des Regionalverbandes soll außerdem Menschen auf ihrem Weg zurück in den Krankenversicherungsschutz aktiv unterstützen.

Wir setzen uns ein:

- Für den Erhalten von allen Krankenhäusern im Regionalverband Saarbrücken
- Für eine bessere Infrastruktur der Rettungsdienste, um die längeren Anfahrten durch geringere Klinikdichten zu bewältigen, ohne dass es zu Engpässen kommt
- Für ausreichend zentrale Notfallambulanzen,
- Für einen Ausbau von Suchtprävention und -therapieangeboten
- Für mehr Sozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen, sowie ein größeres Therapieangebot in KiTas und Kindergärten



Wohnen muss für alle bezahlbar sein!

Wohnen darf kein Luxus sein. Denn steigende Mieten bringen immer mehr Menschen an ihre Grenzen. Besonders Familien, Alleinerziehende, Auszubildende und Beschäftigte in sozialen Berufen leiden unter fehlendem bezahlbarem Wohnraum.

Die Wohnungsnot darf nicht weiter hingenommen werden. Wohnen muss für alle bezahlbar werden. In keinem Bundesland gibt es anteilig weniger Sozialwohnungen als im Saarland. Die Anzahl der Wohnungslosen in Saarbrücken und Umgebung wird auf über eintausend Menschen geschätzt. Gleichzeitig stehen zahlreiche Gebäude leer.

- Für eine starke Förderung von Bau- und Mietgenossenschaften sowie von kommunalen Baugesellschaften

Wir setzen uns ein:

- Für einen Ausbauplan neuer Sozialwohnungen im Regionalverband
- Für die Übernahme der tatsächlichen Mietkosten für Sozialleistungsbeziehende
- Für eine Einrichtung von Wohnungen für Wohnungslose sowie den Erhalt von Notschlaf-, Übernachtungs- sowie Tageseinrichtungen
- Für eine Richtlinienanpassung von Unterkunftskosten am jeweiligen Mietspiegel



Kinder und Jugendliche brauchen kostenfreie Angebote überall und für alle!

Kinder und Jugendliche werden seit Jahren politisch vernachlässigt: Ihre Rechte, Interessen und Zukunftsaussichten finden in politischen Entscheidungen kaum Berücksichtigung. Viel zu oft werden sie nur als Problemfälle gesehen. Gleichzeitig werden Ressourcen, Räume und Förderangebote für junge Menschen nicht systematisch bereitgestellt, sondern stattdessen mit Sparzwängen, Bürokratie und Leistungsdruck abgewogen.

Die Kinderarmut im Regionalverband Saarbrücken ist sehr besorgniserregend. Mittlerweile ist bei steigenden Zahlen schon mehr als jedes vierte Kind unter 15 Jahren auf Sozialleistungen angewiesen.

Deshalb brauchen wir eine qualifizierte und hochwertige Jugendhilfe, die über ausreichend Personal verfügt, um den gewachsenen Anforderungen gerecht zu werden.

Wir sind die Partei der jungen Menschen im Saarland. Ihre Perspektiven fließen bei uns direkt ein, auch ihre Rechte und Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt und wir kämpfen dafür, dass sie gefördert und gehört und nicht ständig mit neuen Zumutungen belastet werden.

- für die Einführung von Jugendbeiräten im Regionalverband und in den Kommunen

Wir setzen uns ein:

- für den konsequenten Ausbau einer kinder- und familienfreundlichen Infrastruktur
- für ein flächendeckendes Angebot an wohnortnahen Kinderbetreuungseinrichtungen
- für die Sanierung und den Ausbau von Kinderspielflächen
- für die Abschaffung der Elternbeiträge aller Kinderbetreuungsformen, inklusive der Materialkosten und des Essens
- für den kostenfreien Zugang von Kindern- und Jugendlichen zu allen Kultur und Sporteinrichtungen.
- für eine flächendeckende Versorgung mit Jugendtreffs im Regionalverband und eine langfristige Finanzierung von zentral gelegenen selbstverwalteten Jugendzentren



Gute Bildung braucht starke Schulen für alle!

Schulen sollten Lernorte sein, an denen sich unsere Kinder und Jugendliche frei und unabhängig entwickeln können. Gleichzeitig zerbröckeln unsere Bildungseinrichtungen, Personal fehlt an allen Ecken und Enden. Das muss sich endlich ändern! In jeder Schule muss mehr Personal in der Schulsozialarbeit und im schulpsychologischen Dienst zur Unterstützung der Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Junge Menschen sollen in Schulen weder frieren noch schwitzen müssen.

Wir setzen uns ein:

- Für eine bessere Ausstattung in den Schulen
- Für die Sanierung der Schulen
- Für mehr Personal in der Schulsozialarbeit
- Für mehr Personal in der Gemeinwesenarbeit



Jeder Mensch hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit.

Die Linke fordert vehement einen öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarkt mit regulären, tariflich entlohten Arbeitsverhältnissen. Anders ist ein „Recht auf Arbeit“, insbesondere für langzeitarbeitslose Menschen kaum umsetzbar.

Die aktuelle Grundsicherung und andere staatliche Sozialleistungen sind zu niedrig bemessen und liegen teilweise sehr deutlich unter der offiziellen Armutsgrenze. Was, um Armut zu beseitigen und die soziale Teilhabe zu gewährleisten, fordert die Linke eine Mindestsicherung in Höhe von 1200 Euro und eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Außerdem fordern wir einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 15 Euro pro Stunde für alle Arbeitnehmer, gerade auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderung



Wir setzen uns ein:

- Für einen flächendeckenden Mindestlohn von 15 Euro überall
- Für das Ende von Leistungskürzungen! Wer unter dem Existenzminimum lebt, dessen Geldleistung darf nicht noch weiter abgesenkt werden
- für reguläre Beschäftigung anstatt Ein-Euro-Jobs bzw. Beschäftigung mit Niedriglohnniveau
- Für echte, qualitativ hochwertige Bildung im Zusammenhang mit Maßnahmen des Jobcenters,
- Für eine bessere Ausbildung der Beschäftigten im Jobcenter
- Für den Erhalt aller Jobcenter Standorte in Saarbrücken Mitte, Burbach, Völklingen, Sulzbach und Heusweiler und die Wiederherstellung der Standorte in Dudweiler und Halberg
- Für das Recht auf Ablehnung. Des Plans zur Eingliederung-Kooperationsplan. Wenn die Anforderung der betroffenen Personen nicht berücksichtigt werden

Feministische Politik heißt Gleichstellung jeden Tag

Der feministische Kampf ist für uns zentral. Frauen und queere Menschen sind im Alltag weiterhin von patriarchalen Strukturen, Gewalt und Diskriminierung betroffen. Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die Schutz, Teilhabe und echte Gleichstellung konsequent stärkt.

Dazu gehören eine sichere und langfristige Finanzierung von Frauenhäusern sowie Beratungs- und Unterstützungsstellen, ebenso wie niedrigschwellige Anlauf- und Meldemöglichkeiten für Betroffene von Gewalt und Diskriminierung.

Zum Schutz von Betroffenen fordern wir eine Schutzzone um Beratungsstellen zu Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch, damit diese Orte frei von Druck und Einschüchterung bleiben. Gleichzeitig kämpfen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit Erwerbsarbeit und Care-Arbeit nicht zulasten von Frauen gehen.

Der feministische Kampf ist für uns zentral. Frauen und queere Menschen sind im Alltag weiterhin von patriarchalen Strukturen, Gewalt und Diskriminierung betroffen. Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die Schutz, Teilhabe und echte Gleichstellung konsequent stärkt.

Dazu gehören eine sichere und langfristige Finanzierung von Frauenhäusern sowie Beratungs- und Unterstützungsstellen, ebenso wie niedrigschwellige Anlauf- und Meldemöglichkeiten für Betroffene von Gewalt und Diskriminierung.

Zum Schutz von Betroffenen fordern wir eine Schutzzone um Beratungsstellen zu Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch, damit diese Orte frei von Druck und Einschüchterung bleiben. Gleichzeitig kämpfen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit Erwerbsarbeit und Care-Arbeit nicht zulasten von Frauen gehen.

Wir setzen uns ein:

- für eine sichere und langfristige Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind
- für eine niedrigschwellige Meldemöglichkeiten und Anlaufstellen für Betroffene
- für eine Bannmeile für Proteste um Beratungsstellen zu Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen
- für eine bestmögliche Vereinbarung von Familie und Beruf
- für eine gleichstellungsorientierte Haushaltsplanung
- für die paritätische Besetzung von Spitzenpositionen in den Verwaltungen
- für die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilnahme von Frauen an kommunalpolitischer Gremienarbeit
- für mehr Sicherheit, Gesundheits- und Gewaltschutz sowie niedrigschwellige Unterstützung für Sexarbeiter*innen
- für den Ausbau von Beratungs- und Ausstiegsangeboten für Sexarbeiterinnen
- für ein Verbot kommerzieller Werbung für Bordelle

Standortattraktivität steigern und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken!

Der Regionalverband Saarbrücken mit seinen 5 Städten und 5 Gemeinden ist das saarländische Wirtschafts- und Arbeitsmarktzentrum. Fünfzig Prozent aller Güter und Dienstleistungen des Saarlandes werden hier produziert. Es gilt, die Wirtschaftsregion gemeinsam mit allen Akteuren weiterzuentwickeln. Vieles scheitert aber oft an der hohen Verschuldung der Städte und Gemeinden.

Wir setzen uns für die Förderung der Transformation in der Großindustrie, wie zum Beispiel bei Saarstahl, ein, um die Arbeitsplätze vor Ort effektiv zu schützen und unsere Wirtschaft für die Zukunft stark zu machen. Die Versäumnisse von Unternehmen dürfen nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausgetragen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch in kleineren Orten und Stadtteilen die Möglichkeiten des Einkaufs von Waren des täglichen Bedarfs erhalten bzw. wieder geschaffen werden. Unsere Agrarwissenschaft muss nachhaltiger werden. Punkt gesunde Nahrungsmittel für alle ist unser Ziel. Wir wollen eine ökologisch verträgliche Lebensweise für alle Menschen ermöglichen und bezahlbar machen.



Wir setzen uns ein:

- Für eine intakte, moderne Infrastruktur zum Erhalt und der Ansiedlung neuer Handwerks-, Dienstleistungs- und Industriebetriebe
- Für eine konsequente Flächennutzung, zuallererst mal brachliegenden Gewerbeflächen zur Ansiedlung neuer Unternehmen
- Für die Ausstattung der Kommunen mit den notwendigen Mitteln, um die Voraussetzungen für einen verlässlichen Zuwachs an Wirtschaftskraft zu erreichen (z. B. Kindergarten und Kitaplätze, Kultur und Sportangebote)
- Für eine konsequente Umsetzung von Förderprogrammen von Land, Bund und EU
- Für eine ausreichende Förderung des Mittelstandes als einen der größten Arbeitgeber in der Region
- Wochenmarkt statt Weltmarkt! Für eine Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe im Bereich Landwirtschaft und Ernährung
- Für eine Förderung von Märkten für Land und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse. Dafür soll eine Plattform für regionale (Bio-) Produkte eingerichtet werden
- Für ein Förderprogramm, damit Mensen und Kantinen ihre Angebote auf regionale und saisonale Produkte ausrichten können

Bus und Bahn für alle, immer und überall!

Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) ist eine entscheidende Größe im Stadtleben. Busse und Bahnen sichern eine kostengünstige und umweltverträgliche Mobilität, auch für diejenigen Menschen, die sich kein Auto leisten können oder wollen. Grundsätzlich muss jeder Ort im Regionalverband auch abends und an den Wochenenden mit dem ÖPNV erreichbar sein. Die faktische Dreiteilung des Busbetriebs (SaarBahn, Völklinger Verkehrsbetriebe und dem kleinen Zweckverband ÖPNV) behindert die ganzheitliche Abdeckung des Regionalverband mit öffentlichem Nahverkehr und einen vernünftigen Takt erkennbar.

- für ein flächendeckendes und sicheres Fahrradwegenetz (z. B. eine verbesserte
- Radweganbindung ans Schanzenberg-Viertel oder den Bau eines Radweges im Saarbrücker Deutschmühlental)
- für den Ausbau des grenzüberschreitenden Bus- und Bahnverkehrs
- für den Aufbau von Fahrradverleihstationen in den Stadtteilen und Gemeinden
- für den Schutz der Bevölkerung vor Lärm, Abgasen und Unfällen auch durch Verkehrsverlagerungen und Durchfahrverbote
- für den Bau von effektiven Schallschutzmaßnahmen im Bereich der Stadtautobahn (A 620) und die Ausweitung des Tempolimits von 60 km/h im Saarbrücker Innenstadtgebiet. Allein dies verringert die Lärmbelastung um 40 Prozent
- für freie Fahrt im öffentlichen Nahverkehr für Kinder, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, Menschen im Sozialhilfebezug sowie Ehrenamtliche im Rettungsdienst (z.B. Feuerwehr, DRK und THW).

Wir setzen uns ein:

- für den weiteren Ausbau der Saarbahn, von der Uni (Dudweiler) bis nach Forbach und vom Römerkastell über Gersweiler nach Großrosseln (optional nach Frankreich) und der Reaktivierung der Bisttalbahn von Völklingen nach Überherrn
- für das Offenhalten der Option für die Saarbahnstrecke zwischen Etzenhofen und dem Püttlinger Markt (ehem. Köllertalbahn)
- für eine echte S-Bahn-Verbindung zwischen Scheidt, Saarbrücken und Völklingen
- für weitere Haltepunkte an bestehenden Bahn, Strecken (in Kooperation von Bahn und Kommune), etwa in Rockershausen, dem Füllengarten, dem Rotenbühl und im Bereich Wiesenstr./Saarterrassen (Burbach/Malstatt)
- für den Ausbau von Busverbindungen, Rufbussen und Sammeltaxis, insbesondere auch in den ländlichen Orten und Ortsteilen des Regionalverbands

Mobilität bedeutet aber mehr als Bus und Bahn. Deshalb muss auch der Rad- und Fußverkehr stärker gefördert werden. Es braucht ein durchgehendes, sicheres Radwegenetz ohne Lücken sowie einen flächendeckenden öffentlichen Fahrradverleih in allen Städten und Gemeinden.

Auch der Fahrradverkehr effektiver gefördert werden. Projekte wie Fahrradwerkstätten brauchen eine solide Finanzierung im Rahmen der Gemeinwesenarbeit. Fahrradfahren ermöglicht insbesondere Kindern Teilhabe und Mobilität unabhängig vom Geldbeutel. Der Fußverkehr muss durch sichere Wege gestärkt werden. Der Regionalverband soll hierbei die Gemeinden unterstützen, durch übergreifende Fuß- und Radverkehrskonzepte und Investitionen in eine geeignete Infrastruktur rund um die Schulen.

Für ein gutes Leben auch im Alter!

Ältere Menschen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass alle Menschen auch im Alter selbstbestimmt, aktiv und in Würde leben können. Lebensqualität im Alter hängt dabei entscheidend von den Bedingungen vor Ort ab. Deshalb kommt den Kommunen im Regionalverband eine besondere Verantwortung zu.

Gleichzeitig nehmen Altersarmut, soziale Isolation und Altersdiskriminierung zu. Immer mehr Menschen sind auf Grundsicherung angewiesen, während steigende Mieten und Lebenshaltungskosten ihre Situation weiter verschärfen. Dieser Entwicklung will die Linke entgegenwirken.

Wir stehen für eine gute und bezahlbare Pflege, die nicht vom Geldbeutel abhängt. Zudem setzen wir uns für eine altersgerechte Infrastruktur ein. Arztpraxen, Apotheken, Einkaufsmöglichkeiten und andere Angebote der Daseinsvorsorge müssen für alle erreichbar bleiben. Dafür braucht es einen barrierefreien und bedarfsgerecht ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, der Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe bis ins hohe Alter ermöglicht.



Wir setzen uns ein:

- für Seniorentreffpunkte und altersgerechte Beratungs- und Bildungsangebote in jeder Kommune
- für einen Seniorenbeirat in jeder Kommune und hauptamtliche Seniorenbeauftragte in der Verwaltung
- für mehr öffentliche und kostenlose Toiletten
- für mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum,
- für einen barrierefreien Zugang zu Ämtern, zu allen öffentlichen Sitzungen der Räte und allen Bürgerinformationsveranstaltungen
- für eine Förderung seniorengerechter, barrierefreier und generationsübergreifender Wohnformen mit guter Infrastruktur und kurzen, sicheren Wegen
- für die Stärkung der Angebote digitaler Schulungen für Seniorinnen und Senioren in den Kommunen
- für Mobilität und soziale Teilhabe und ein landesweites Seniorinnen- und Seniorenticket von monatlich unter 30 Euro für den ÖPNV
- für einen kommunalen Bringdienst, der Lebensmittel, Medikamente und Waren des täglichen Bedarfs zu Menschen bringt, die weniger oder nicht mobil sind
- für einen ausgebauten kommunalen Begleitsdienst, der Menschen zu Ärzten, zur Massage und zu Einrichtungen bringt und wieder abholt

Kommunale Dienste im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger!

Immer mehr Menschen sind auf Unterstützung angewiesen und haben Schwierigkeiten, die für sie wichtigen Angebote und Dienstleistungen zu erreichen. Gleichzeitig verschwinden immer mehr Angebote vor Ort. Geschäfte, Arztpraxen, Poststellen und andere wichtige Einrichtungen werden geschlossen oder sind nur noch schwer erreichbar. Für viele Menschen bedeutet das längere Wege und zusätzliche Belastungen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunale Daseinsvorsorge auch in Zukunft für alle Menschen gewährleistet bleibt. Niemand darf von wichtigen Dienstleistungen ausgeschlossen werden, nur weil die Mobilität eingeschränkt ist, das Einkommen nicht ausreicht oder die nächste Anlaufstelle zu weit entfernt liegt. Die öffentliche Hand steht in der Verantwortung, eine verlässliche Versorgung sicherzustellen und bestehende Lücken zu schließen.

Wir setzen uns ein:

- für einen kommunalen Bringdienst
- für einen ausgebauten kommunalen Begleitsdienst
- für eine stärkere kommunale Daseinsvorsorge, um Versorgungslücken aktiv zu schließen
- für eine bessere Orientierung im sozialen Hilfesystem und einen niedrighschwelligen Zugang zu Unterstützung
- für den Abbau bürokratischer Hürden bei der Inanspruchnahme von kommunalen und sozialen Leistungen



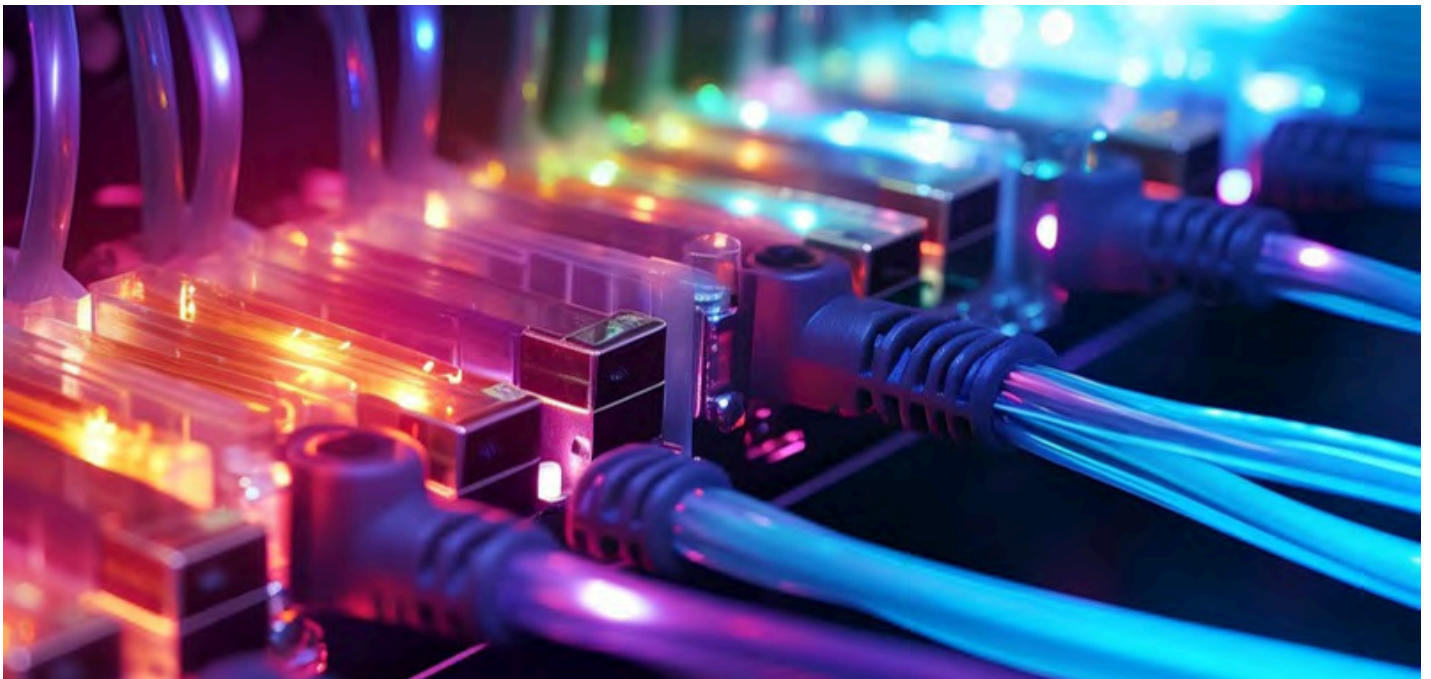
Digitalisierung muss allen zugutekommen!

Was eine schnelle Internetanbindung ist ein wichtiges Argument zur Standortentscheidung für Unternehmen und bei der Wohnortwahl. Die Kommunen müssen mit den notwendigen finanziellen Mitteln für die Einrichtung der digitalen Medien z.B. Punkt im Bildungsbereich ausgestattet werden. Der Schutz der persönlichen Daten in allen Lebenslagen. Muss jederzeit gewährleistet sein. Wir begrüßen eine Förderung der Internetanbindung von Kommunen, damit kostenlos verfügbare WLAN Hotspots mit hoher Übertragungsgeschwindigkeit geschaffen werden können. Wir fordern den konsequenten Ausbau in allen Orten der öffentlichen Verwaltung, in Bibliotheken, Gesundheitszentren, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Orten im Freien.

die Linke tritt dafür ein, dass alle öffentlichen Dienstleistungen in den Kommunen auch analog per Telefon, persönlich im Gespräch und Antragsformularen aus Papier angeboten werden, so ist sichergestellt, dass niemand ausgegrenzt wird. Öffentliche Mitteilungen müssen allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden.

Wir setzen uns ein:

- Für einen diskriminierungsfreien Zugang zum Internet für alle
- Für einen konsequenten Ausbau von schnellen Datenleitungen
- Für mehr öffentliches, leistungsstarkes und kostenfreies WLAN
- Für die verstärkte Vermittlung von Medienkompetenz in den Schulen
- Für die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Digitalisierung und beim Datenschutz



Barrieren abbauen heißt Teilhabe für alle ermöglichen!

Auch im Regionalverband gibt es weiterhin viele Barrieren im Alltag: fehlende Aufzüge, unzureichend ausgebaute Haltestellen, schwer zugängliche Informationen oder digitale Angebote, die nicht für alle nutzbar sind. Diese Hindernisse schließen Menschen aus und verhindern Gleichberechtigung im Alltag.

Barrierefreiheit ist eine grundlegende Voraussetzung für echte gesellschaftliche Teilhabe. Sie bedeutet, dass alle Menschen – unabhängig von körperlichen, geistigen oder sensorischen Einschränkungen – selbstbestimmt und ohne Hindernisse am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Wir setzen uns deshalb für eine konsequente Umsetzung von Barrierefreiheit in allen kommunalen Bereichen ein – von der Stadtplanung über den öffentlichen Nahverkehr bis hin zur digitalen Verwaltung. Barrierefreiheit ist für uns kein Zusatz, sondern ein Grundprinzip sozial gerechter Politik und eine zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben für alle.



Wir setzen uns ein:

- für den Abbau und Vermeidung von Barrieren im öffentlichen Raum und ÖPNV
- für mehr optische, akustische und zu ertastende Leit- und Informationssysteme
- für barrierefreien Zugang zu Behörden und Ämtern
- für mehr barrierefreie und kostenlose öffentliche Toiletten
- für mehr Mitsprache der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten in den Parlamenten und der Möglichkeit eines Vetorechts
- für barrierefreie Kultur- und Bildungsangebote sowie Internetauftritte
- für die kostenfreie Mitnahme von Begleitpersonen für Menschen mit Behindertenausweis in Kultur- und Freizeitangebote
- für ein saarländisches Wohnraumförderprogramm, insbesondere mit verbesserten Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung von Barrieren und des barrierefreien Aus- und Umbaus in bestehenden Mietwohnungen
- für öffentliche Bauvorhaben und Sanierungsprojekte die der UN-Behindertenkonvention entsprechen

Kultur gehört allen!

Kultur ist ein zentraler Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie schafft Begegnung, fördert Austausch und ermöglicht es Menschen, unterschiedliche Perspektiven kennenzulernen.

Auch im Regionalverband spielt Kultur eine wichtige Rolle – von Theatern, Museen und Bibliotheken bis hin zu freier Szene, Jugendkultur und ehrenamtlichem Engagement. Damit Kultur für alle zugänglich bleibt, müssen kulturelle Angebote niedrigschwellig, vielfältig und bezahlbar sein. Alle Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Alter oder sozialer Lage die Möglichkeit haben, Kultur zu erleben und selbst mitzugestalten.

Die Linke setzt sich ein für den Erhalt und die Stärkung der öffentlichen Kulturförderung ein. Kultur darf nicht vom Geldbeutel abhängen, sondern muss allen Menschen offenstehen. Gleichzeitig wollen wir die freie Kulturszene stärken und Räume schaffen, in denen kreative Ideen entstehen und sich entfalten können.

Wir setzen uns ein:

- für Beibehaltung des Angebots der Volkshochschule (vhs) in bisherigem Umfang mit der Option des bedarfsorientierten Ausbaus
- für die Sicherung der Standorte der VHS
- für den Bestand und Ausbau der kulturellen Veranstaltungen in allen Kommunen
- für die Sicherung unserer Museenlandschaft und der Pflege der Denkmäler
- für kommunale Bereitstellung von kostenlosen Kulturräumen, z. B. Bandproberäume, Künstlerateliers, Ausstellungsmöglichkeiten freier Künstler usw.



Stadtentwicklung muss sozial für alle werden!

Stadt- und Ortsentwicklung muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Die Linke setzt sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein, die den öffentlichen Raum stärkt und allen Menschen zugänglich macht. Parks, Grünanlagen, Spielplätze und Plätze der Begegnung tragen wesentlich zur Lebensqualität bei und müssen erhalten, gepflegt und weiterentwickelt werden. Gleichzeitig wollen wir der Vermüllung öffentlicher Räume durch eine bessere Ausstattung der Reinigungsdienste und eine konsequente Pflege von Straßen, Plätzen und Anlagen entgegenwirken.

Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch das Gefühl von Sicherheit. Deshalb setzen wir uns für gute beleuchtete und verkehrssichere Orte sowie die Präsenz kommunaler Ordnungsdienste als Ansprechpartner vor Ort ein, die bei Konflikten vermitteln und zu einem respektvollen Miteinander beitragen.

Stadtentwicklung kann nur gemeinsam gelingen. Deshalb wollen wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärken und unterschiedliche soziale Gruppen frühzeitig in Planungsprozesse einbeziehen. Die Linke setzt sich ein für einen sozialen, nachhaltigen, sicheren und barrierefreien Regionalverband, der allen Menschen eine hohe Lebensqualität bietet.

Wir setzen uns ein:

- für mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum
- für den Ausbau von kommunalen WLAN-Netzen
- für kommunale Treffpunkte für Jugendliche, die partizipativ geplant und umgesetzt werden
- für öffentlich zugängliche Fitness-Geräte
- für eine Verkürzung der Reinigungsintervalle in allen Städten und Gemeinden des Regionalverbandes sowie Aufstockungen beim Personal
- mehr öffentliche Müllbehälter im öffentlichen Verkehrsraum, sowie mehr Mülleimer mit Hundekotbeuteln
- für eine deutliche Verbesserung der Fort- und Ausbildung kommunaler Sicherheitskräfte,
 - für mehr Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnenstellen in den Kommunen
- für Konzepte, die das friedliche Zusammenleben in den Gemeinden organisiert.



Klimaschutz für eine lebenswerte Region!

Um unsere Region auch für zukünftige Generationen lebenswert zu erhalten, müssen wir auf die weltweite Klimakrise reagieren und auch vor Ort Verantwortung übernehmen.

Wir setzen uns ein:

- für den Ausbau von Fotovoltaik und Solarthermie, verbunden mit den notwendigen
- Investitionen in den Netzausbau und die Speichertechnologien
- für klimafreundliches und sozialverträgliches Bauen und Sanieren (Material, Dämmung, Begrünung)
- für den Einbau klimafreundlicher Heizsysteme, Verzicht auf Materialien, die mit hohem Energieaufwand erzeugt wurden
- für die verstärkte Begrünung der Städte und Kommunen mit Bäumen und Sträuchern, den bewussten Schutz von Kaltluftzonen vor Bebauung, der Einhaltung von Abstandsflächen in den Innenstädten, um Hitzestaus zu verhindern
- für die weitere Anpassung von Abwassersystemen an vermehrte Starkregen, eine konsequente Gewässerpflege
- für die Anpassung der Rettungs- und Katastrophenschutzeinrichtungen an die gestiegenen Anforderungen
- für einen Hitzefallplan, die verstärkte Bewässerung von öffentlichem Grün und für mehr Schattenplätze
- für die Errichtung von öffentlich zugänglichen Trinkwasserbrunnen und funktionierende Springbrunnen



Haustiere sind wichtige Begleiter für viele Menschen

Viele Menschen im Saarland leben mit Tieren zusammen, die längst feste Familienmitglieder geworden sind. Haustiere schenken Nähe, Trost und Sicherheit und tragen in einer älter werdenden Gesellschaft wesentlich dazu bei, Einsamkeit zu verhindern. Ein Leben mit Tieren ist für viele Bürgerinnen und Bürger nicht wegzudenken.

Gleichzeitig zeigt sich im Alltag, dass die Bedürfnisse von Tieren nicht immer ausreichend erkannt werden. Missverständnisse oder Überforderung im Zusammenleben können dazu führen, dass Tiere im Tierheim abgegeben werden müssen. Umso wichtiger ist eine starke und verlässliche Tierschutzstruktur vor Ort.

Wir setzen uns deshalb für eine dauerhaft gesicherte und auskömmliche Finanzierung der Tierheime und Tierschutzstrukturen im Regionalverband ein. Tierschutz bedeutet für uns nicht nur die Versorgung von Tieren in Not, sondern auch Prävention, Aufklärung und die Stärkung eines verantwortungsvollen Zusammenlebens von Mensch und Tier.

Wir setzen uns ein:

- für eine einjährige Hundesteuerermäßigung von Hunden aus Tierheimen
- für eine Hundesteuerermäßigung von Hunden, die an einer bestandenen Begleithundeprüfung und / oder Fährtenhundeproofung / Schutzhundeproofung des VDH teilgenommen haben. Der Nachweis ist jährlich zu erbringen
- für eine Chip-Pflicht aller Hunde und Katzen
- für eine auskömmliche, faire Finanzierung des Tierheimes
- für die Einführung eines Tierschutzpreises für ehrenamtliches Tierschutz-Engagement



Fairer Sport für alle!

Die Linke fordert ein neues Gesamtkonzept für die Sportförderung. Schwimmbäder und Schwimmunterricht sind für die Gesundheitsprävention unerlässlich. Immer weniger Kinder können schwimmen, was ein Sicherheitsrisiko darstellt. Die Bäder sollen in eine Landesgesellschaft überführt werden. Der Unterhalt und die Personalkosten müssen vom Land getragen werden. Die Einstellung und Führung des Personals bleiben bei den Kommunen.

Die alleinige Ausrichtung auf Titel, finanziert vielerorts durch große Konzerne und potente private Geldgeber, dürfen für die Zukunft nur eine Möglichkeit im Sport darstellen. In den letzten Jahren häufen sich die Meldungen, dass nach dem Rückzug diverser Sponsoren manche Vereine in sich zusammenfallen. Sportangebote auch durch die Schulen müssen deshalb verstärkt werden. Der Sport muss wieder einen starken Vorbildcharakter haben, auch im Kampf gegen Drogenkonsum, Übergewicht und übermäßigem Gebrauch von elektronischen Medien. Die Gebühren beider Nutzung von Hallen- und Sportplätzen müssen gesenkt und nicht erhöht werden. Dies ist eine der Möglichkeiten, den Breitensport zu fördern und nebenbei auch Gesundheitsvorsorge zu betreiben.

Viele Vereine können kaum noch die Neben- und Unterhaltungskosten ihrer Sportanlagen bezahlen. Der Breitensport braucht hier eine stärkere finanzielle Unterstützung. Eine Nutzung von Turnhallen als Notunterkunft muss auf das absolut Notwendige begrenzt werden und darf kein Dauerzustand sein.

Wir setzen uns ein:

- für den Erhalt und die öffentliche Finanzierung von Schwimmbädern sowie für flächendeckenden Schwimmunterricht
- für eine stabile, öffentliche Sportförderung statt einseitiger Abhängigkeit von privaten Sponsoren und Konzernen
- für einen niedrighschwelligen Zugang zum Sport durch niedrigere Gebühren und bessere Vereinsförderung



Mehr Mitbestimmung im Regionalverband!

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger muss ausgebaut werden, damit die Menschen mehr in demokratische Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Das Saarland hat hier hohen Nachholbedarf. Es ist Schlusslicht aller Bundesländer bei der Anwendung von Mitteln der direkten Demokratie.

Die Orts- und Bezirksräte sind Schnittstellen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und der Verwaltung der Kommune. Deshalb müssen ihre Rechte und Möglichkeiten in den Gemeinden des Regionalverbands deutlich ausgeweitet werden, um der zunehmenden Unzufriedenheit mit den Verwaltungen entgegenzutreten.

Der Regionalverband Saarbrücken und die Gemeinden im Lothringer Grenzraum müssen die Nachteile ihrer nationalen Randlage gemeinsam überwinden. Dazu braucht es mehr grenzüberschreitende Kooperationen.

Wir setzen uns ein:

- für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Städten und Gemeinden zu Themen, die die Menschen vor Ort betreffen
- für die Vereinfachung der Regularien bei Einwohnerfragestunden und die Anhörung von Bürgerinnen und Bürgern
- für mehr finanzielle Mittel zur Unterstützung von Vereinen und Verbänden und generell dem gesellschaftlichen und sozialen Engagement
- für eine angemessene Berücksichtigung der Forderungen aus den Orts- und Bezirksräten
- für die Sicherung und Schaffung von Beziehungen im Grenzraum, wie im kulturellen Bereich



Morgen durch faire Finanzen

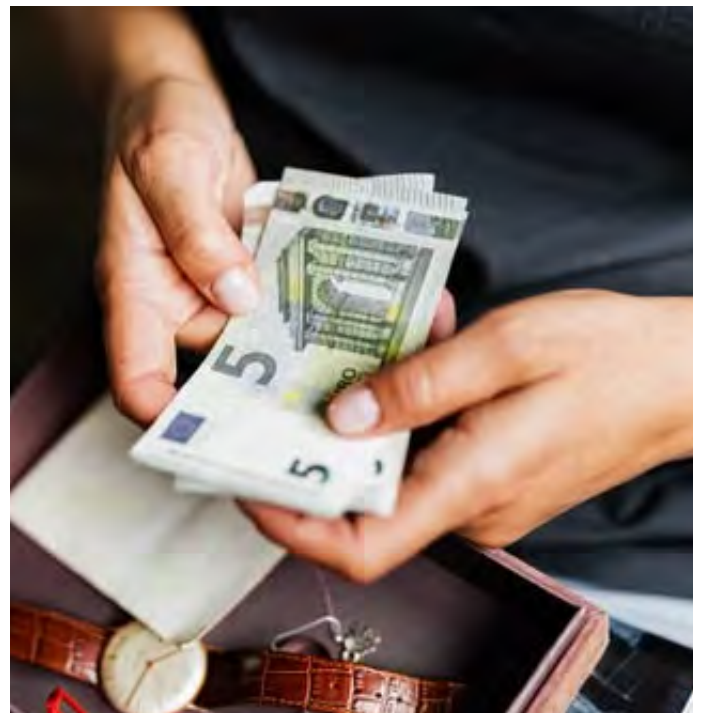
Die Unterfinanzierung der Kommunen führt dazu, dass oft nur noch der Mangel verwaltet wird. Selbst Pflichtaufgaben können lediglich bedingt realisiert werden. Kindertagesstätten und Schulen, der öffentliche Nahverkehr, Wasserversorgung, Kultur und Sport, Feuerwehr, Straßen und Radwege usw. gehören in ihren Aufgabenbereich und zur öffentlichen Daseinsvorsorge unserer Kommunen.

Die von Bund und Land verordnete kommunale Schuldenbremse löst trotz aller Sparanstrengungen die Verschuldung der Kommunen nicht. Von Bund und Land übertragene Aufgaben belasten die Haushalte zusätzlich, ohne deren Finanzierung sicherzustellen. Dies führt zu einem besorgniserregenden Stau bei den dringend notwendigen Investitionen in die Infrastruktur (Schulgebäude, kommunaler Wohnungsbestand, Straßen, Kanäle, Wasserversorgung usw.) und die Zukunftsfähigkeit. Gefordert ist strikte Einhaltung der Konnexität (wer bestellt, bezahlt). Der kommunale Einnahmenanteil am Gesamtsteueraufkommen muss angehoben werden. Die derzeit wichtigste kommunale Steuereinnahmequelle ist die Gewerbesteuer. Die Einführung einer Grundsteuer könnte darüber hinaus in den Städten und Gemeinden des Regionalverbands dazu beitragen, unbebaute, aber baureife Grundstücke schneller einer Nutzung zuzuführen. Dies könnte den Wohnungsbau fördern und den Druck auf den angespannten Wohnungsmarkt in Saarbrücken und den umliegenden Kommunen mindern. Zusätzliche Einnahmen aus einer Zweitwohnungssteuer oder einer Luxusvillensteuer könnten ebenfalls zur Finanzierung kommunaler Aufgaben beitragen.

Eine langfristige Ausgestaltung von Förderprogrammen würde die Planungs- und Investitionssicherheit des Regionalverbands deutlich verbessern. Viele Projekte im Schul-, Sozial- oder Verkehrsbereich benötigen mehrere Jahre von der Planung bis zur Umsetzung. Förderprogramme mit längeren Laufzeiten und geringeren Eigenanteilen würden es ermöglichen, solche Vorhaben verlässlicher zu finanzieren und schneller umzusetzen.

Die von Bund wie Land seit Jahren angekündigte Gemeindefinanzreform muss endlich kommen. Ein Altschuldenfonds und die Übernahme aller Sozialleistungen durch den Bund sind weitere Voraussetzungen. Unsere Kommunen brauchen einen Schuldenschnitt!

Wir fordern Entschuldung der kommunalen Haushalte durch den Bund! Nur so können notwendige Investitionen im Regionalverband Saarbrücken und in seinen Städten und Gemeinden getätigt werden.



DIE LINKE Kreisverband Saarbrücken
Weserstr. 1, 66115 Saarbrücken
E-Mail: info@dielinke-saarbruecken.de
V.i.S.d.P.: David Amri

www.dielinke-saarbruecken.de